

Mainz, den 16. September 2008

Bundesausländerbeirat: Einbürgerungstest ist ein fatales Signal!

Der Bundesausländerbeirat hat den Einbürgerungstest scharf kritisiert, mit dem Einbürgerungsbewerber ab dem 1. September „Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland“ nachweisen müssen.

Der Test sei überflüssig und habe fatale Auswirkungen. „Durch diese weitere Hürde werden die Einbürgerungszahlen in Deutschland noch weiter sinken“, resümiert der Bundesvorsitzende, Memet Kilic. Der Bundesverband der Ausländer- und Integrationsbeiräte in Deutschland verwies darauf, dass schon jetzt die Einbürgerungszahlen stetig zurückgehen. So erhielten im Jahr 2007 rund 113.000 Ausländer den deutschen Pass – fast 10 % weniger als im Vorjahr (2006: 124.566).

Kilic: „Der Test bringt nur mehr Bürokratie, mehr Kosten und ist ein falsches Signal an Zugewanderte. Wir brauchen keine weiteren Bestimmungen, die das Misstrauen gegenüber Zugewanderten verstärken, sondern eine Einbürgerungspolitik, die einer modernen Einwanderungsgesellschaft gerecht wird“.

Der Test verlange Einbürgerungsbewerbern zudem mehr an Wissen ab, als die meisten Einheimischen zu bieten imstande sind. Viele Fragen seien obendrein falsch gestellt, irreführend oder überflüssig. Es sei auch nicht klar geworden, was der Test eigentlich bezwecke: „Sollen Bürgerrechte in der Zukunft vom Wissensstand der Menschen abhängig gemacht werden?“, so Kilic.

Deutschland habe im europäischen Vergleich schon jetzt eine der schlechtesten Einbürgerungsquoten. Von den bundesweit etwa 7 Mio. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit leben rund 4,8 Mio. seit mehr als acht Jahren in Deutschland und erfüllen somit die wichtigste Einbürgerungsvoraussetzung. Dennoch sind es pro Jahr nur etwas mehr als Hunderttausend, die die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen.

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37

Manche Äußerungen in dieser Diskussion erweckten den Eindruck, so Kilic weiter, die deutsche Staatsangehörigkeit gebe es zum „Nulltarif“. Dies sei aber alles andere als so. Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz müssen Ausländerinnen und Ausländer neben acht Jahren rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland ausreichenden Wohnraum und Lebensunterhalt nachweisen können, nicht vorbestraft sein und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen.

Angesichts der zurückgehenden Einbürgerungszahlen fordert der Bundesausländerbeirat vielmehr Maßnahmen, die Einbürgerungen attraktiver machen. Dazu gehöre insbesondere die Hinnahme der Mehrstaatigkeit, wie es in vielen anderen europäischen Staaten längst erfolgreich praktiziert werde. „Wenn ausländische Staatsangehörige ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten könnten, wäre die Bereitschaft zur Einbürgerung um ein Vielfaches höher“, sagte Kilic mit Hinweis auf zahlreiche Untersuchungen, die dies bestätigten.